ZBB 2018, 83

BGB §§ 307, 314, 490 Abs. 1

Unwirksamkeit einer Klausel zur außerordentlichen Kündigung eines Darlehens allein aufgrund (drohender) Vermögensverschlechterung

LG Aachen, Urt. v. 19.10.2017 - 1 O 480/16 (rechtskräftig), ZIP 2018, 116 = EWiR 2018, 35 (Griesbeck)

Leitsätze der Redaktion:

- 1. Die AGB-Klausel einer Bank, wonach § 490 Abs. 1 BGB insoweit abbedungen wird, als der Darlehensgeber fristlos das Darlehen bei (drohender) Vermögensverschlechterung außerordentlich kündigen darf, ohne dass die Rückzahlung des Darlehens unter Berücksichtigung der Sicherheit gefährdet ist, ist unwirksam.
- 2. Eine Kündigung aus wichtigem Grund gem. § 490 Abs. 1 BGB bedarf der vorhergehenden Abmahnung (§ 490 Abs. 3 i. V. m. § 314 Abs. 1 BGB), wenn die Bank der Ansicht ist, die Darlehensnehmer hätten nur unvollständige Angaben gemacht, die für das Darlehensverhältnis von Bedeutung sind.
- 3. Es ist zweifelhaft, ob bei einer Kündigung nach § 490 Abs. 1 BGB ein Anspruch auf eine Nichtabnahmeentschädigung besteht. Der Umkehrschluss aus § 490 Abs. 2 BGB deutet eher darauf hin, dass in diesem Fall der Bank gerade kein Schadensersatzanspruch zustehen soll.